

E n t w u r f N e u , S t a n d 9.8.23

Antrag an den Kreisparteitag
zur Weiterleitung an den Landesparteirat und den Landesparteitag

Die Ablehnung der AfD offensiv und verständlich begründen!

Die AfD ist ihren Programmaussagen, ihrem Auftreten und ihrer Mitgliedschaft eine rechtsradikale und neofaschistische Partei, die die Grundrechte und die Verfassung diskreditiert, missachtet und in Frage stellt. Die AfD hat bei Bundestags- und Landtagswahlen dennoch den Einzug in die Parlamente geschafft.

Die SPD lehnt jede Zusammenarbeit mit der AfD ab. Aber diese Aussage allein reicht nicht aus, Die bloße Feststellung, die AfD sei verfassungswidrig und rechtsradikal oder gar Wähler*innenbeschimpfungen helfen der AfD eher. Wir erklären den Bürger*innen, **warum** wir die AfD so kompromisslos ablehnen Wir werden die Demokratiefeindlichkeit, die Menschenverachtung und die rückwärtsgewandte Politik der AfD aufzeigen und uns offensiv mit ihr auseinandersetzen.

Wir werden auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der AfD vor Ort nicht aus ihrer Mitverantwortung für die Politik der Gesamtpartei entlassen.

Wir werden den Mitgliedern und den Mitbürger*innen Informationen und Materialien zur Verfügung stellen, damit der verhängnisvolle Weg der AfD nachgewiesen und belegt wird.

Begründung

Die AfD vertritt u.a. folgende politische Positionen, die von Mitgliedern teilweise verbal noch verschärft werden, wie die folgenden Zitate beispielhaft verdeutlichen:

● **Verfassungsfeindlichkeit, Menschenverachtung und Rechtsextremismus**

1. Die AfD stellt das demokratische verfasste Regierungssystem Deutschlands in Frage. Die AfD greift rechtsstaatliche Grundprinzipien wie die Gleichheit aller Menschen und Freiheitsrechte für Bürger*innen, Presse und politische Opposition an. Zur Strategie der AfD gehört es, demokratische Prinzipien anzuzweifeln und Misstrauen in die Verfassung zu säen. Sie impliziert mit ihren Aussagen, dass Vertreter*innen demokratischer Parteien korrupt und inkompetent seien und sie rechtsstaatliche Prinzipien zerstören wollen.

Zitate:

„Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr!“ (Björn Höcke im Dezember 2021 auf Facebook)

„Ampel & Kartellparteien ist alles zuzutrauen. Impfpflicht, Überwachungsstaat, Abbau von Grundrechten, Great Reset, unkontrollierte Einwanderung,

Ökodiktatur.., Beängstigend!“ (Malte Kaufmann AfD-Bundestagsabgeordneter, 29. Dezember 2021 auf Twitter)

„Was hier geschieht ist nichts anderes, als ein Staatsstreich, denn die Regierung tauscht sukzessive das Staatsvolk, den eigentlichen Souverän des Grundgesetzes, aus. (sic!)“ (Björn Höcke am 30. November 2022 auf Telegram)

2. Die AfD beschädigt und stellt die Pressefreiheit in Frage; sie will den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk abschaffen bzw. in ein „Bezahlfernsehen“ umwandeln oder Zeitungen und Rundfunk ausschließlich vermögenden privaten Betreibern überlassen. Der häufig gebrauchte Begriff „Lügenpresse“ symbolisiert das Verhältnis der AfD zur unabhängigen Berichterstattung. Zitat: *„Wir müssen die Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Propagandaapparat angreifen und abschaffen.“ (Heiko Hessenkämper, AfD)*
3. Die AfD will das Grundrecht auf Asyl abschaffen, ein Grundrecht, das nach der Herrschaft des Nationalsozialismus 1949 im Grundgesetz formuliert wurde, um Menschen, die von Folter und Ermordung wie im 3. Reich bedroht sind, Zuflucht zu gewähren, die individuellen Schutz- und Asylgarantien möchte die Partei abschaffen. Mit ihrem hetzerischen und rassistischen Sprachgebrauch gegen geflüchtete Menschen und Migrant*innen sät die rechtspopulistische Partei Hass und Misstrauen. Nicht umsonst urteilt ein Gericht, dass der führende AfD Parteifunktionär Höcke wegen diesbezüglicher Aussagen als Faschist bezeichnet werden darf. Zitat: *„Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ (Dieter Görnert, AfD)*
4. Die AfD ist eine rassistische Partei. Die AfD begreift die Nation als „kulturelle Einheit“, die durch andere „wesensfremde“ Kulturen gefährdet sei. Die AfD impliziert gleichzeitig, dass andere Kulturen und Menschen nicht so wertvoll seien, wie die Deutsche. Zitat: *„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (Bundestags-Wahlprogramm der AfD von 2017)* Weiter wird dort formuliert: Die bloße Präsenz von Muslim*innen sei eine „große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“, deshalb müsse man sich gegen sie verteidigen. Zitat: *„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Die Ideologie des Multikulturalismus betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität selbstbewusst verteidigen.“ (Aus: Grundsatzprogramm der AfD)* Die AfD stellt damit den Grundsatz der gleichen Menschenwürde eines jeden Individuums (Artikel 1 Absatz 1 GG) fundamental infrage, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist und niemand wegen seines Geschlechtes, Abstammung, „Rasse“, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubens, seiner religiösen oder

politischen Anschauungen oder einer Behinderung benachteiligt werden darf. Weil die AfD bestimmte Personengruppen pauschal abwertet, wendet sie sich gegen die unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte und eines demokratischen Rechtsstaates.

(Quelle: Amadeu-Antonio-Stiftung)

- Die AfD grenzt sich weder zu Neonazi- Organisationen noch zur deutschen Nazi-Vergangenheit ab. So fordern Mitglieder eine „*erinnerungspolitische Wende*“, was das Gedenken an die Nazi- Zeit angeht, bezeichnen die Nazi-Zeit als „*Fliegenschiss*“ oder das Mahnmal an die Verfolgung und Ermordung der 6 Millionen Jüdinnen und Juden als „*Denkmal der Schande*“ für Deutschland. Zitat: „*Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!*“ (Andreas Geithe, AfD)

● **Politische Unvereinbarkeiten mit den Grundsätzen der SPD**

- Die AfD will die EU zugunsten nationalistischer Kleinstaaterei zerschlagen. Auch der Euro soll wieder abgeschafft werden. Beides ist absurd und widerspricht Deutschlands politischen und wirtschaftlichen Grundverständnis. Zitat: „*Die politische Führung der großen EU-Länder will die Europäische Union um jeden Preis und gegen den Mehrheitswillen der europäischen Völker zu einem Einheitsstaat umgestalten. Wir fordern stattdessen, die Nationalstaaten zu erhalten und ihnen wieder mehr Kompetenzen zu geben. Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Aus der Währungsunion entwickelte sich zwangsläufig eine Schuldenunion. Wir fordern, das EURO-Experiment geordnet zu beenden.*“ (Aus: AfD-Grundsatzprogramm)
- Die AfD vertritt ein antiquiertes Familien- und Frauenbild und diskriminiert das Recht auf Erziehung und Betreuung in KiTas als „Fremdbetreuung“. Zitat: *Die AfD fordert, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit zwischen Fremdbetreuung in Krippen oder familiennaher Betreuung durch Eltern, Großeltern, Kinderfrauen oder Tagesmütter.* (Aus: AfD-Grundsatzprogramm).
- Die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare kommt für die AfD nicht in Frage. Denn für die Rechtspopulist*innen besteht eine Familie aus Vater, Mutter und Kindern. Die AfD richtet sich offen gegen unterschiedliche Lebensformen und sexuelle Identitäten. Zitat: „*Homosexuelle ins Gefängnis? Sollten wir in Deutschland auch machen!*“ (Andreas Gehlmann, AfD) „Gendern“ und eine vielfältige Aufklärung lehnt die AfD als „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ z.B. in Schule und Forschung ab.
- Die AfD leugnet wider alle wissenschaftlichen Erkenntnisse den Klimawandel. Die AfD hat es sich zum Ziel gesetzt, dass Deutschland alle Bemühungen ums Klima

einstellt. Die rechtspopulistische Partei geht davon aus, dass der Klimawandel nicht menschengemacht ist. Wärmer und kälter sei es ja schon immer geworden, argumentiert die AfD. *Zitat: Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen. (Aus: AfD-Grundsatzprogramm)*

10. Die AfD ist eine Partei der Umverteilung von unten nach oben, sie macht eine Steuerpolitik für die Reichen. Beispiel Vermögens- und Erbschaftsteuer: Die AfD will sowohl keine Vermögenssteuer und ebenso die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Das wäre aber sozial ungerecht, weil Vermögens- und Erbschaftsteuer hauptsächlich von reichen Menschen gezahlt werden, die auch deutlich stärker von unserer Gesellschaft mit ihrer Infrastruktur und ihrem Gemeinwesen profitieren. Diese Steuern abzuschaffen, heißt also: Diejenigen entlasten, die ohnehin schon genug haben und zwar auf Kosten von Menschen mit weniger Vermögen. (Quelle: Kleiner Fünf / Tadel verpflichtet! e.V.)

E N T W U R F NEU, Stand 9.8.23

Antrag an den Kreisparteitag/ Landeswahlkonferenz zur Europawahl

Der SPD- Kreisparteitag Stormarn stellt den Antrag an die Landeswahlkonferenz am 3. November, **Delara Burghardt** als Kandidatin für die Wahl zum Europäischen Parlament zu nominieren.

Begründung:

Delara hat sich in der vergangenen Wahlperiode zügig und engagiert in die Arbeit als Europa-Abgeordnete eingearbeitet. Sie hat in ihrem vorrangigen Arbeitsfeld Umwelt als Mitglied im „*Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit*“ bereits Spuren hinterlassen, zuletzt bei den Beratungen um das europäische Naturwiederherstellungsgesetz und das Entwaldungsverbot. Zudem hat sie sich wiederholt im Europäischen Parlament auch zu Fragen der Asyl- und Migrationspolitik, der Minderheitenpolitik und der Rechte der LGBTQI-Community profiliert geäußert und sich u. a. vehement für die Rechte der iranischen Frauen eingesetzt.

Ebenfalls ein wichtiges Thema in ihrer Arbeit war das europäische Lieferkettengesetz.

Mit dem Newsletter „Moinjour“ hat sie der Partei kontinuierlich aus dem Europa-Parlament berichtet und durch viele Besuche und Veranstaltungen, besonders oft auch mit Schulklassen, Kontakt zum Land und ihren Bürger*innen gehalten.

Für viele junge Menschen und für Frauen war sie in ihren Begegnungen ein Vorbild für bürgerschaftliches und politisches Engagement, das etliche Menschen so bewegte, dass sie auch in die SPD eintraten!

Für die Partei in Schleswig-Holstein engagiert sie sich als Mitglied des Landesvorstandes.

Die Stormarner SPD wünscht sich Delara weiterhin als unsere Abgeordnete im Europäischen Parlament!

E N T W U R F! NEU, Stand 9.8.23

Antrag an den Kreisparteitag/ Landesparteirat/ Landesparteitag/ Bundestags-Landesgruppe

Die SPD lehnt Kürzungen im Sozialbereich im Bundeshaushalt entschieden ab!

Der Haushaltsentwurf des FDP- Finanzministers Lindner ist geprägt von sozialer Kälte und Rücksichtslosigkeit gegenüber Normalverdiener*innen durch massive Einschnitte in sozialpolitischen Bereichen. So sind Kürzungen vorgesehen bei den Zuschüssen zur Sozialversicherung, bei der Pflege, bei der Rente und im Gesundheitswesen, es ist zu befürchten, dass bei gleichzeitig steigender Inflation Beitragserhöhungen für die Arbeitnehmer*innen drohen.

Insbesondere darf es für die SPD nicht zu Kürzungen in folgenden Bereichen kommen:

- BAFöG – ein Einschnitt beim BAFöG würde ein traditionelles sozialdemokratisches „Aufstiegsversprechen“ treffen und wieder schlechtere Bildungschancen für Kinder aus Arbeitnehmerfamilien bewirken!
- Freiwilliges soziales Jahr – viele Sozialverbände sind entsetzt, sie können viele Dienste für die Bürger*innen nicht mehr anbieten, wenn es weniger FsJler geben kann!
- Kindergrundsicherung – die Kindergrundsicherung ist ein zentrales Wahlkampfversprechen der SPD, die Erhöhung des Kindergeldes ersetzt nicht die Kindesgrundsicherung, die endlich eine wirksame Maßnahme gegen die skandalöse Kinderarmut in Deutschland sein wird!
- Gesundheitswesen, immer mehr wirtschaftlich geführte Krankenhäuser und Arztpraxen sorgen für eine schlechtere medizinische Versorgung.

Begründung:

„Gewerkschaften . . . haben die geplanten Einsparungen im Haushalt 2024 vor allem im Sozialbereich scharf kritisiert. "Ein Kürzungskurs ist grundsätzlich unnötig, tendenziell unsozial und wirtschaftspolitisch schädlich", sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell der Deutschen Presse-Agentur. Die Regierung setze mit dem Haushalt ein falsches Signal. Kürzungen drückten direkt die Binnennachfrage und die Wirtschaftsleistung. "Das ist angesichts der aktuellen, prekären konjunkturellen Lage wirtschaftspolitisch kontraproduktiv."“ (Süddeutsche Zeitung, 5. Juli 23)

Arbeitnehmerfamilien werden derzeit in besonderen Maße durch die Inflation belastet, so dass die drohenden Beitragserhöhungen nicht zugemutet werden dürfen. Kürzungen besonders in den Kernen der sozialdemokratischen DNA müssen gestoppt werden.

Die Kindearmut muss endlich entschieden bekämpft werden, deshalb darf UNSER Projekt Kindergrundsicherung nicht von der FDP verhindert werden, sondern muss jetzt auf den Weg gebracht werden!

Um den Haushalt gegenzufinanzieren und unsoziale Kürzungen zu vermeiden, sind Maßnahmen zum Abbau von Steuerprivilegien wie die Steuerbefreiung von Kerosin, die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und eine, die Firmen wirtschaftlich sichernde, Gestaltung einer Erbschaftsbesteuerung von Firmenerben, wie sie das Bundesverfassungsgericht schon lange fordert, die Besteuerung von Übergewinnen, wie sie die EU vorschreibt und die angemessene Besteuerung großer Vermögen.

E N T W U R F NEU, Stand 9.8.23

Antrag an den Kreisparteitag/ Landesparteirat/ Landesparteitag

Investieren in die Zukunft

Deutschland weist gigantische Mängel in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Infrastruktur auf

- ◆ einsturzgefährdete Straßenbrücken,
- ◆ ein sanierungsbedürftiges Schienennetz der Bahn, das erweitert werden muss,
- ◆ viele Schulen in schlechtem baulichen Zustand
- ◆ unzureichende Netzversorgung,
- ◆ mangelnde Digitalisierung insbesondere in den Schulen,
- ◆ dringender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum,
- ◆ Nachholbedarf bei der E-Mobilität,
- ◆ Personalengpässe besonders in KiTas und Schulen,
- ◆ Fachkräftemangel,
- ◆ u.v.a.m.

Die Antwort kann nur darin bestehen, massiv in die Zukunft zu investieren. Die Schuldenbremse darf keine Investitionsbremse sein! Wer heute nicht investiert, hinterlässt den nachfolgenden Generationen einen noch viel größeren Investitionsstau mit einem viel höheren Geldbedarf, dessen Finanzierung ungesichert sein wird. Wir brauchen deshalb heute ein Innovationsprogramm für Sanierung der Infrastruktur, für Digitalisierung, für den klimagerechten Umbau der Wirtschaft und für Bildung und Ausbildung